

Haushaltsrede 2017

des Bürgermeisters der Gemeinde Sontheim an der Brenz

- *Es gilt das gesprochene Wort!* -

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
sehr geehrte Damen und Herren,

traditionell bringt die Gemeinde den Entwurf des Haushaltsplanes für das neue Haushaltsjahr in den Gemeinderat ein.

Die Verwaltung hat in den vergangenen Monaten intensiv an der Erstellung des vorliegenden Entwurfes gearbeitet.

Für die hervorragende und zeitintensive Arbeit darf ich mich vor allem bei unserem Kämmerer Herrn Horlacher, bei Herrn Frühsammer und allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Finanzverwaltung ganz herzlich bedanken.

Nachdem die Stelle des Kämmerers monatelang nicht wieder besetzt werden konnte, ist es umso höher einzuschätzen, dass wir heute den Entwurf des Haushaltsplanes 2017 vorlegen können.

Immerhin ist Herr Horlacher erst seit dem 01.08.2016 bei uns beschäftigt.

Einiges gilt es noch aufzuarbeiten, aber wir sind auf einem sehr guten Weg.

Bedanken darf ich mich auch bei allen Budgetverantwortlichen in unserer Verwaltung für die konstruktive Mitarbeit bei der Aufstellung des Haushaltes. Die eine oder andere Diskussion war zwangsläufig notwendig, doch diese sind immer zielführend und ergebnisorientiert gewesen.

Meine Damen und Herren,

ein Kollege aus einem anderen Bundesland hat bei seiner Haushaltseinkbringung erzählt, dass er seine Haushaltsrede bei traumhaftem Wetter in 1.400 m Höhe geschrieben hat. In der Hoffnung, dass der Ausblick in das Haushaltsjahr 2017 ebenso klar und wolkenfrei möglich sein wird.

Die Zahlen seines Haushalts hatten ihn schnell wieder in die westfälische Tiefebene zurückgeholt.

Ob der Blick klar, wolkenfrei, neblig oder wolkig ist, die Aufgaben, die wir zu bewältigen haben, insbesondere die Pflichtaufgaben, sind einfach da. Diese können wir weder schönreden noch schlechtreden.

Wir müssen uns damit auseinandersetzen und wir müssen Lösungen finden, wie wir unsere Gemeinde für unsere Bürgerinnen und Bürgerinnen lebenswert erhalten und Perspektiven für die Zukunft schaffen können.

Wer die Nachrichten in den Medien verfolgt, wird feststellen, dass schlechte Nachrichten gegenüber den guten Nachrichten überwiegen.

Manchmal werden auch unnötig Ängste geschürt und man kann den Eindruck gewinnen, dass vieles schlechter wird.

In gewisser Weise ist das so, doch nicht immer in der uns suggerierten Intension.

Aber eines ist richtig: Die Welt verändert sich, mitunter rasant.

Das spüren wir auch in kleineren Kommunen, auch in Sontheim an der Brenz.

Im Luther-Jahr darf ich deshalb ein Zitat des Reformators in Erinnerung rufen:

„Wenn morgen die Welt unterginge, so pflanzte ich heute noch ein Apfelbäumchen.“

Wir brauchen Hoffnung und wir müssen die Gegenwart und die Zukunft unserer Gemeinde gestalten, auch wenn der Aufgabenberg groß ist und die Finanzlast drückt.

Deshalb sollten wir nicht zu viel jammern und vor allem den Kopf nicht in den Sand stecken.

Wir müssen mit Mut und Zuversicht und vor allem im Zusammenhalt und im gemeinsamen Dialog, die Herausforderungen des Jahres 2017 und darüber hinaus sachlich wie konstruktiv angehen.

Was uns große Falten auf die Stirn bringt und uns Sorgen machen muss, ist der Erhalt der kommunalen Infrastruktur.

Die Infrastruktur ist ins Alter gekommen.

Nun kann man sich die Frage stellen, ob es gut gewesen wäre wenn man schon vor 20 oder 30 Jahren mehr in den Unterhalt der Infrastruktur investiert hätte? - Vielleicht ja!

Diese Fragestellung bringt uns faktisch aber nicht weiter.

Denn, egal wie wir diese Frage beantworten, wir stehen vor einem Berg von Sanierungen, Modernisierungen und Unterhaltungen, die uns mittelfristig bis langfristig begleiten werden und die – wie sollte es wohl anders sein – Auswirkungen auf die folgenden Haushaltspläne haben werden.

Ein Dauerthema, das uns treu beschäftigen wird.

Denken wir nur an die Unterhaltung des Wasser- und Abwasserkanalnetzes, an die Sanierung von Straßen und Gehwegen.

Denken wir an die Unterhaltung unserer Gebäude.

Die Hermann-Eberhardt-Sporthalle hat uns schon beschäftigt und wird uns weiterhin Entscheidungen in naher Zukunft abverlangen.

Das Feuerwehrgebäude der Abteilung Sontheim ist ins Alter gekommen und die Anforderungen an ein solches Gebäude haben sich verändert.

Auch diese Thematik werden wir im Gemeinderat zusammen mit der Feuerwehr diskutieren müssen, um eine zukunftsfähige und tragbare Lösung zu finden, die allen Belangen Rechnung trägt.

Lassen Sie mich noch einmal auf die Unterhaltung unseres gemeindlichen Straßennetzes eingehen:

Die Ergebnisse aus den Untersuchungen der Straßenzustände haben ergeben, dass wir in den nächsten 15 Jahren jährlich durchschnittlich 200.000 Euro – das sind insgesamt 3 Millionen Euro - in den Haushalten bereitstellen müssen, **nur damit** der Sanierungsstau nicht noch größer wird.

Danach werden wir dann die Straßen sanieren müssen, die heute noch in gutem Zustand sind.

Mit den beiden großen Projekten „Umgestaltung der Hauptstraße“ in Sontheim und der „Sanierung der Dorfstraße“ in Bergenweiler nehmen wir Millionensummen in die Hände, um nicht nur die Straßenbereiche zu sanieren, sondern auch um mehr Aufenthalts- und Lebensqualität zu erreichen.

Beide Maßnahmen sind weit vorangeschritten, schlagen sich aber noch im Haushalt 2017 deutlich und teilweise noch im Haushalt 2018 nieder.

Im Gemeinderat hatten wir noch im vergangenen Jahr entschieden, den 3. Bauabschnitt in der Hauptstraße nur teilweise umzusetzen.

Aus Kostengründen werden wir nur noch in etwa die Hälfte des ursprünglich vorgesehenen Streckenabschnitts realisieren.

Damit sparen wir uns zwar ca. 500.000 Euro ein. Aber es bleiben immer noch Kosten in Höhe von ca. 500.000 Euro, die wir finanzieren müssen.

Dennoch ist dies eine richtige Entscheidung gewesen, weil wir damit einen sinnvollen Abschluss der Sanierungsmaßnahmen in der Hauptstraße erreichen.

In Bergenweiler mussten wir leider, die von anderen Behörden geforderten Maßnahmen „ Verlegung der Bushaltestelle“ und „Buswendeschleife in der Weiherstraße“ zusätzlich realisieren. Inwieweit wir am Ende im geschätzten Kostenrahmen bleiben werden, kann jetzt noch nicht gesagt werden.

Generell betrachtet, sind beide Projekte in Sontheim und Bergenweiler gute Investitionen in die Zukunft, weil wir diese Investitionen für unsere Bürgerinnen und Bürger, für die Besucher und Gäste unserer Gemeinde und für die positive Entwicklung unserer Gemeinde tätigen.

Letztendlich hat die Bürgerbefragung im Rahmen des Gemeindeentwicklungskonzeptes auch ergeben, dass das Ortsbild schöner werden soll.

Das werden wir auf jeden Fall mit diesen beiden Projekten erreichen. Und wir haben gleichzeitig auch eine Maßnahme aus dem Gemeindeentwicklungskonzept bearbeitet.

Und es geht weiter:

Im Gremium haben wir bereits beschlossen, dass wir in diesem Jahr im unteren Abschnitt des Finkenweges Sanierungsmaßnahmen im Straßenbereich, punktuell im Gehwegbereich und an den Wasserleitungen umsetzen.

Im vergangenen Jahr hatte ich schon berichtet, dass der Kreuzungsbereich Niederstotzinger Str./Hauptstr. verkehrssicherer umgestaltet werden soll. Inzwischen haben wir auch hierzu im Gemeinderat eine Entscheidung getroffen.

Darüber hinaus stehen wir mit dem Land Baden-Württemberg als Straßenbaulastträger dieser Landesstraße L 1170 in Verhandlungen, dass eine Oberflächensanierung dieser Straße vom Bahnübergang in der Niederstotzinger Straße bis zum Rathaus erfolgt.

Nach derzeitigem Stand der Gespräche können wir davon ausgehen, dass dies in diesem Jahr erfolgen kann. Für uns bedeutet das, dass wir auch die Gehwege und Seitenbereiche in diesem Zuge mitsanieren sollten.

Was uns schon länger beschäftigt, ist die weitere Sanierung des Gebäudekomplexes an unserer Grund-, Werkrealschul- und Realschule.

Wie so viele Schulgebäude, so stammt unsere Schule aus den 60er-Jahren. Veraltete technische Anlagen, veraltete Bausubstanz, ein hoher Energieverbrauch, ein als unangenehm empfundenen Raumklima.

Aufgrund dessen haben wir eine Bestandsanalyse, eine energetische Berechnung und ein Sanierungskonzept in Auftrag gegeben mit dem Ziel die Finanzierung durch intelligente Bauabschnitte auf mehrere Jahre zu verteilen und dabei die Aufrechterhaltung des Schulbetriebes zu gewährleisten.

Die geschätzten Gesamtkosten betragen 3,2 Millionen Euro.

Bisher hatten wir geplant, in diesem Jahr Planungskosten vorzusehen und ab dem Jahr 2018 mit der Sanierung des sogenannten „Hauptschulgebäudes“ zu beginnen. Dabei sollte im ersten Schritt die Außenfassade saniert werden.

Aus den Gesprächen mit den Förderstellen muss man zunächst entnehmen, dass von der Schulbauförderung lediglich eine maximale Förderung im unteren 5-stelligen Bereich gewährt wird.

Nach den bestehenden Förderkriterien des Landesgesetzgebers ist die Unterhaltung/Sanierung der Schulen Aufgabe des Schulträgers, sprich der Gemeinde.

Neubauten werden deutlich höher gefördert.

Das passt nicht mehr in die heutige Zeit.

Deshalb hoffe ich, dass noch in dieser Legislaturperiode die Landesregierung die Finanzmittel für die Schulbauförderung und insbesondere für die Sanierung der Schulen deutlich erhöht.

Erfreulich ist allerdings, dass wir grundsätzlich Fördermittel aus dem Ausgleichsstock erhalten können. Wie wir wissen, steht dem Ausgleichsstock nur eine begrenzte Summe für die Verteilung zur Verfügung. Wenn viele Kommunen Zuschussanträge stellen – danach schaut es aus – bekommt jede Kommune weniger Fördermittel.

Nun ist es im Jahr 2017 allerdings so, dass von Seiten der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des sogenannten Ausgleichsstock II zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Die Sanierung unseres Schulgebäudes wäre aus diesem Förderprogramm förderfähig. Diese Mittel stehen allerdings nur zeitlich begrenzt zur Verfügung.

Weil wir ohnehin die Sanierung des Hauptschulgebäudes angehen müssen, hat die Verwaltung deshalb 480.000 Eur in den Haushalt 2017 eingestellt.

Damit würden wir mit der Sanierung zwar 1 Jahr früher als geplant beginnen, haben aber die Aussicht auf höhere Förderung.

Vor über 1 Jahr haben wir die Auszeichnung „Familienbewusste Kommune Plus“ erhalten. Einer der Bausteine, die zu die zu dieser Prädikatsverleihung geführt haben, ist unser stetiger Ausbau des Betreuungsbereiches gewesen. Große Investitionen haben wir in den vergangenen Jahren in diesem Bereich getätigt.

Die Verwaltung hat im letzten Jahr den künftigen Bedarf im Bereich der Betreuung von unter 3-jährigen Kindern (Krippenbereich) für unsere Gemeinde abgeschätzt.

Auch unter Berücksichtigung der prognostizierten Geburtenrate des Statistischen Landesamtes hat die Hochrechnung ergeben, dass sich der Bedarf bis 2021/2022 auf ca. 35 Betreuungsplätze erhöhen wird.

Der Gemeinderat hat aufgrund dieser Entwicklungen entschieden, dass im Erdgeschoss des Alten Rathauses zum Kindergartenjahr 2017/2018 eine Kleinkrippe unter der Trägerschaft der Evangelischen Kirchengemeinde Sontheim eingerichtet werden soll.

Die Einrichtung dieser Kleinkrippe kostet ca. 35.000 Euro. Dafür erhalten wir 14.000 Euro Förderung. Die jährlichen Personalkosten betragen geschätzt 73.000 Euro.

Auch dies ist unter anderem mit ein Grund dafür, dass die Abmangelbeteiligung an die kirchlichen Träger um 90.000 Euro ansteigt.

Im Jahr 2017 gehen wir von 1.425.000 Euro aus.

Der massive Ausbau unserer Kinderbetreuung führt dazu, dass wir den Familien ein umfangreiches und qualitativ hohes Betreuungsangebot bereitstellen können, das auch kräftig in Anspruch genommen wird.

Familie und Beruf können besser in Einklang gebracht werden und wir werden unserem Anspruch gerecht, eine familienfreundliche Kommune zu sein.

Doch das Erreichen und das Halten dieses Niveaus, das wir inzwischen erreicht haben, bindet Finanzkraft. Zum Vergleich: Im Jahr 2006 betrug die Abmangelbeteiligung nur 616.000 Euro.

Das heißt, dass die Abmangelbeteiligung im Jahr 2017 über 800.000 Euro höher sein wird, als noch vor 10 Jahren.

In den Folgejahren werden wir uns auf diesem Niveau einpendeln.

Das führt zu einer Schmälerung der Zuführung zum Vermögenshaushalt und in Folge dessen stehen weniger freie Investitionsmittel zur Verfügung.

Im Bereich der Wohnbebauung sind in allen drei Ortsteilen die Bauplätze gefragt. Dies zeigt uns auf, dass unsere Gemeinde mit seinen Ortsteilen attraktiv ist und die Menschen gerne bei uns wohnen wollen und zu uns kommen.

Das wiederum sollte für uns Bestätigung sein, dass sich die Investitionen der vergangenen Jahre insbesondere in Infrastruktur, Bildung und Betreuung gelohnt haben.

Doch das bedeutet auch, dass wir auch zukünftig weitere attraktive Baugebiete anbieten müssen.

Mit dieser Thematik haben wir uns im Gemeinderat im vergangenen Jahr intensiv auseinandergesetzt.

Basierend auf der Erschließungskonzeption der Verwaltung, die bis ins Jahr 2025 reicht, haben wir entschieden, in diesem Jahr mit der weiteren Erschließung im Baugebiet „Oberer Bogen“ zu beginnen. Hier hat die Gemeinde bereits die Grundstücke - und ein Bebauungsplan besteht ebenso.

Ziel muss es sein, dass auch künftig den Bauwilligen in allen drei Ortsteilen Bauplätze bereitgestellt werden können, damit der Traum vom Eigenheim auch in Zukunft bei uns Wirklichkeit werden kann.

Auch das gibt es nicht zum Nulltarif, sondern bei der Erschließung von Baugebieten müssen wir finanziell in Vorleistungen gehen.

Die digitale Infrastruktur ist zwischenzeitlich zu einem essentiellen Grundbedürfnis für einen zeitgemäßen Informationsaustausch geworden.

Bisher hat es der Bund nicht hinbekommen ein zukunftsfähiges und leistungsfähiges Breitband in Deutschland flächendeckend bereitzustellen.

Insofern müssen die Kommunen den Glasfaserausbau in ihren Gemeinden vorantreiben. Zwar gibt es Fördermittel von Bund und von Land, aber dennoch sind beträchtliche Summen selbst zu finanzieren.

Nachdem wir einen Allgemeinen Breitbandplan erstellt hatten, müssen in nächsten Schritten alle Kabelverzweiger im Gemeindegebiet mit Glasfaser angefahren werden.

Dies ist in den Ortsteilen Brenz und Bergenweiler zwischenzeitlich geschehen. Nun soll es in Sontheim weitergehen.

Dafür müssen wir in diesem Jahr die vorbereitenden Planungen vorantreiben und Kontakt mit den Förderstellen aufnehmen, um im Jahr 2018 mit der Umsetzung beginnen zu können.

Der Aufbau eines flächendeckenden Glasfasernetzes bis ans Haus heran (FTTH) wird voraussichtlich Millionen kosten.

Auf jeden Fall haben wir in diesem Jahr auch 70.000 Euro für die Leerrohrverlegung vorgesehen.

Die Umstellung von der kameralistischen Buchführung zur doppelten Buchführung ist in Baden-Württemberg beschlossene Sache.

Bis spätestens zum 01.01.2020 müssen wir eine Eröffnungsbilanz erstellen.

Damit dies gelingt sind nicht nur personelle Ressourcen erforderlich, sondern die Umstellung kostet auch Geld.

Im Entwurf des Haushaltsplanes 2017 haben wir die benötigten Haushaltsmittel für dieses Jahr dargestellt.

Im Bereich der Straßenbeleuchtung haben wir im Gemeinderat im Jahr 2016 die Umrüstung auf LED erörtert.

Die Umrüstung würde insgesamt ca. 1,2 Millionen Euro kosten.

Aufgrund dieser hohen Summe haben wir einstimmig beschlossen, einen jeweils zu bestimmenden Betrag regelmäßig für die Umrüstung auf LED in die Haushalte einzustellen, damit wir nach und nach die Umrüstung auf LED-Technik schultern können.

In dem Ihnen vorliegenden Planwerk sind 100.000 Euro vorgesehen.

Meine Damen und Herren,

betrachtet man die Entwicklung der Gewerbesteuer in den letzten Jahren, so stellen wir fest, dass sich diese bei ca. 1 Million Euro eingependelt hat. Generell haben wir in den vergangenen 10 Jahren, selbst in etwas besseren Zeiten, nicht die Gewerbesteuereinnahmen generiert, wie manch andere Gemeinde.

Unser Gewerbesteuerhebesatz liegt innerhalb des Landkreises mit 355 im unteren Bereich, wobei hier alle Kommunen nah beieinander liegen.

Im Regierungsbezirk Stuttgart liegt der höchste Gewerbesteuerhebesatz bei 420 und in Deutschland sogar bei 900.

Aufgrund der voraussichtlichen Entwicklung im Jahr 2016 gehen wir von leicht höheren Gewerbesteuereinnahmen im Jahr 2017 aus. Doch wie sich diese Realsteuer tatsächlich entwickelt, kann nicht vorausgesagt werden.

Im vorliegenden Haushaltsplanentwurf haben wir bei Grundsteuer A, Grundsteuer B und der Gewerbesteuer **keine** Anhebung der Hebesätze vorgesehen.

Bei der Kreisumlage bleibt der Hebesatz unverändert bei 35,5 %.

Trotz gleich bleibendem Hebesatz müssen wir 150.200 Euro mehr an Kreisumlage an den Landkreis Heidenheim bezahlen.

In Summe sind dies im Jahr 2017 immerhin 2.137.400 Euro.

Die Gemeinde Sontheim an der Brenz ist mit 25,1 % an der Netzgesellschaft Sontheim GmbH & Co KG beteiligt.

Im vergangenen Jahr haben wir entschieden unsere Beteiligung an der Netzgesellschaft beizubehalten.

Der Haushaltsplan 2017 hat nach dem vorliegenden Entwurf ein **Gesamt-**
volumen in Höhe von 17.085.200 Euro (Vorjahr: 18.140.900 Euro).

Davon entfallen auf den **Verwaltungshaushalt** 13.024.100 Euro (Vor-
jahr: 12.794.000 Euro)

und

auf den **Vermögenshaushalt** 4.061.100 Euro (Vorjahr: 5.346.900 Euro).

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen
und Investitionsförderungsmaßnahmen beläuft sich nach dem Entwurf des
Haushalts 2017 auf 1.219.000 Euro (Vorjahr: 1.503.600 Euro).

2017 kann der Verwaltungshaushalt die gesetzlich vorgeschriebene Zufüh-
rung zum Vermögenshaushalt gut erwirtschaften.

Mit 762.300 Euro ist diese geringer als im vergangenen Jahr.

Meine Damen und Herren,

mit dem Haushalt 2017 und den darin enthaltenen Zielen planen und ge-
stalten wir die Zukunft unserer Gemeinde, aber wir müssen diese Zu-
kunftsinvestitionen auch finanzieren.

Noch mehr müssen wir den Erhalt unserer kommunalen Infrastruktur fi-
nanzieren.

Leider können wir dies, nach diesem Haushaltsplanentwurf, nur mit einer Kreditaufnahme realisieren.

Doch was wäre, wenn wir das alles nicht tun würden oder getan hätten?

Was wäre, wenn wir die Straßen nicht sanieren würden?

Was wäre, wenn wir nicht in Bildung und Betreuung investieren würden?

Was wäre, wenn wir die Abwasser- und Wasserkanalnetze lassen würden wie sie sind?

Was wäre, wenn wir in puncto Breitbandausbau nichts machen würden?

Was wäre, wenn wir die kommunalen Gebäude vergammeln lassen würden? Oder was wäre, wenn wir keine Baugebiete mehr erschließen?

Hätten wir noch so viele Schülerinnen und Schüler?

Würde es zu rechtlichen Problemen führen, wenn wir unsere gesetzlichen Verpflichtungen nicht einhalten würden?

Würden die Menschen unsere Gemeinde verlassen?

Hätten wir noch so viel ehrenamtliches Engagement?

Würden die Familien mit ihren Kindern bei uns bleiben oder zu uns ziehen?

Die Antworten kennen Sie.

Und wir würden heute nicht da stehen, wo wir sind.

Und wenn wir unsere Verschuldung nicht weiter aufbauen wollen, dann heißt das,

- die jetzt anstehenden notwendigen Investitionen und
- die der Zukunft sein zu lassen oder
- deutlich zu reduzieren.

Dann müssen wir uns aber auch den Auswirkungen einer solchen Entscheidung auf die zukünftige Weiterentwicklung unserer Gemeinde bewusst sein.

Und wir müssen das den Menschen in unserer Gemeinde erklären.

Wir alle.

Da sind dann Sonntagsreden und Populismus nicht dienlich, schon gleich gar nicht, wenn man den Ausgaben zustimmt und später die Verschuldung bemängelt. -- Wenn man ja sagt, dann muss man auch dazu stehen.

Wir sitzen alle im gleichen kommunalen Boot und wir müssen, unter welchen Umständen auch immer, gute Entscheidungen für unsere Gemeinde, für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger aber auch für eine aussichtsreiche Zukunft unserer Gemeinde - die uns allen am Herzen liegt - treffen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass uns dies gemeinsam und miteinander gelingen wird.

Nun wünsche ich Ihnen eine gute Beratung innerhalb ihrer Fraktionen und ich freue mich auf sachliche und konstruktive Haushaltsplanberatungen.